



CSD Rostock e.V. • Leonhardstr. 20 • 18057 Rostock

Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

Adresse: Leonhardstr. 20
18057 Rostock
Internet: www.csd-hro.de
Mail: info@csd-hro.de

Sehr geehrte Präsidentin des deutschen Bundesrates und sehr geehrte Ministerpräsidentin,
liebe Frau Schwesig,

mit großem Wohlwollen haben wir in den vergangenen Tagen zur Kenntnis genommen, dass Sie in ihrer Funktion als Bundesratspräsidentin die Petition „Prüft ein AfD-Verbot!“ von „Volksverpetzer“ entgegennehmen werden. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich und möchten Ihnen für die Beratungen gerne ein paar Perspektiven aus der queeren Community Mecklenburg-Vorpommerns mit auf den Weg geben.

In den letzten Tagen sind bundesweit, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, zehntausende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die menschenfeindliche und demokratieverachtende Politik der AfD zu demonstrieren – die Bilder sind Ihnen bekannt. Wir möchten jedoch herausstellen: Unter den Teilnehmenden der Demonstrationen waren viele Mitglieder marginalisierter Gruppen und deren Angehörige, denn diese stehen nicht erst seit heute unter einem ganz besonderen Druck.

Marginalisierte Gruppen sind besonders bedroht von einem möglichen Machtgewinn der AfD. Sie wären die ersten, die unter einer AfD-geführten Regierung zu leiden hätten und sie spüren die politischen Verwerfungen schon lange. Als queere Vereine dieses Bundeslandes sehen wir seit Jahren schon einen massiven Anstieg von queerfeindlicher Gewalt, maßgeblich angefeuert und forciert durch immer neue Grenzüberschreitungen aus der blaubraunen Ecke. Die in Reichsfarben beschmierte Rostocker Regenbogenbank oder die Hakenkreuzflagge kurz vor dem Neubrandenburger CSD im letzten Jahr waren nur die jüngste Spitze des Eisberges. Das waren symbolische Kampfansagen von Rechtsextremen, die den Aufwind spüren und nutzen.

Weniger symbolisch ist hingegen das, was viele queere Menschen in ihrem Alltag erleben müssen. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe sind in den letzten Jahren wieder traurige Normalität geworden für unsere Community – und immer wieder berufen sich die Täter*innen auf die AfD und deren Argumentationen.

Das Gift der AfD zieht sich auch quer durch Familien. Stellen Sie sich bitte vor, wie sich ein 13-jähriger ungeouteter Teenager fühlen mag, wenn in der eigenen Familie Sätze fallen wie: „Früher hätte man die Perversen an die Wand gestellt“. Solche Geschichten hören wir von Jugendlichen, die



bei uns Hilfe suchen. Andere Familien, die zu ihren queeren Kindern stehen, ziehen es in Erwägung, den Wohnort zu wechseln, weil sie Angst haben. Wir möchten uns aber nicht mehr verstecken, noch möchten wir uns vertreiben lassen.

Vertreter*innen der AfD nennen uns „krank“, „verwirrt“, eine „Gefahr für unsere Kinder“ und wollen queere Kultur nach polnischem oder ungarischem Vorbild verbieten. Und das sind nur die offiziellen Verlautbarungen. Diese Ansichten gewinnen Zulauf und die Anhänger*innen der Partei radikalieren sich immer weiter. Welche Absichten in der Partei und deren Anhängerschaft noch vorliegen, kann man sich nach den Erkenntnissen des correctiv-Kollektivs ausmalen.

Die Recherchen des correctiv-Kollektivs haben die grausamen Deportationspläne des AfD-Umfeldes für die Öffentlichkeit deutlich gemacht. Es ist davon auszugehen, dass die Parteispitze der AfD von diesem Treffen und den Inhalten wusste. Mit der Aufdeckung des Treffens in Potsdam zeigt sich die Gefahr für alle Minderheiten in der Gesellschaft und für alle, die für Pluralität und einen solidarischen Zusammenhalt eintreten – überall, auch in MV. Zur Erinnerung: Erst im letzten Jahr traf sich auch der AfD-Fraktionsvorsitzende in MV, Nikolaus Kramer, mit dem Rechtsextremen Martin Sellner und nahm mit diesem einen Podcast auf.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

den Hass der AfD kann und sollte man nicht „inhaltlich stellen“, denn er lässt sich weder mit Argumenten überzeugen, noch sollte man sich der Hoffnung hingeben, dass die Täter*innen von selbst zur Besinnung kämen. Das wissen wir aus eigener bitterer Erfahrung. Diesem Hass und dieser Gewalt muss mit der vollen Konsequenz unseres Rechtsstaates begegnet und ihm muss das Handwerk gelegt werden.

Ein mögliches AfD-Verbot wird den Hass nicht verschwinden lassen, das ist uns klar. Aber es wäre ein Schritt, um ihm den organisatorischen Boden zu entziehen, sowie ein wichtiges Zeichen an alle Feind*innen der demokratischen Gesellschaft: Diese Demokratie wehrt sich. Bitte nutzen Sie die Instrumente, die die Mütter* und Väter* des Grundgesetzes für genau diese Situation in dieses geschrieben haben und prüfen Sie alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Bitte denken Sie bei den Beratungen auch an all die gefährdeten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die gerade auf die Straße gehen und ihre Hoffnung in Sie setzen.

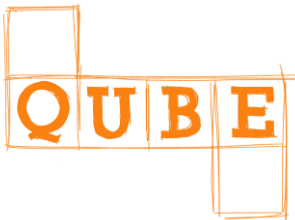
Hochachtungsvoll,

die queeren Vereine und Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern





queerNB e. V.



**Bunt
statt
braun.**



**QueerFilmFest
Rostock**

